

# Die Politiker wollen keinen Atomstrom

**Motion** Gemeinderat und Stadtrat stimmen den Grünen Karin Rickli und Anna Aeberhard zu

VON URS BYLAND

Die Motion «Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal», lanciert von den beiden Grünen Karin Rickli und Anna Aeberhard, gab im Stadtrat zu reden. Gefordert wird, «möglichst rasch eine Stromversorgung ohne Atomstrom anzustreben». Keine städtische Liegenschaft oder städtische Anlage soll mehr mit Atomstrom betrieben werden.

Sollte es zur grossen Atomdiskussion im Stadtrat kommen? «Jein». Schon die Stellungnahme von Gemeinderätin Christine Bobst (JL) gab die Richtung der Diskussion vor. Sie durfte eine gemeinderätliche Zustimmung der Motion verkünden. «Wir haben im Gemeinderat nicht eine Grundsatzdiskussion über AKW geführt. Unser Beweggrund waren andere. Der Gemeinderat will die erneuerbaren Energien unterstützen und fördern, auch weil Langenthal eine Energiestadt ist. Wir wollen mehr Ökostrom.» Bobst muss aber auch gespürt haben, wo die Gegner eines Atomstopps ansetzen werden. Man habe gerechnet, wie teuer der Ausstieg wird, und sei auf mindestens 150 000 Franken zusätzliche Kosten gekommen.

«Wir sind der Meinung, die Diskussion zum Atomausstieg muss hier nicht noch einmal geführt werden», sagte Urs Zurlinden (FDP) und verwies auf die bereits geführte Debatte im Nationalrat und auf die kommende im Ständerat. Deshalb habe sich die Geschäftsprüfungskommission bei diesem heissen Thema «cool» auf die rechtlichen Aspekte konzentriert. Er machte den Stadtrat darauf aufmerksam, dass die Motion angenommen werden kann – und damit der Atomausstieg. «Aber bis in zwei Jahren muss dem Stadtrat eine Vorlage dazu unterbreitet werden, und dann kann der Stadtrat den Ausstieg wieder ablehnen.» Motionärin Karin Rickli warb bei den Stadträten dafür, sich von überholten Techniken zu verabschieden. Ein Ausstieg sei ein Gewinn für alle.

Dann wurde das von Bobst ins Spiel gebrachte Kostenargument hervorgeholt. «Langenthal bezieht 4,2 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich. 53,7 Prozent ist Atomstrom. Die industriellen Betriebe wären in der Lage, innert Jahresfrist den Atomstrom mit Strom aus erneuerbaren Energien zu ersetzen», sprach Kurt Wyss für die FDP/JL-Fraktion. Aber das Verwaltungsratsmitglied der IBL glaubt auch zu wissen, dass der Aufpreis nicht 150 000, sondern mindestens 234 000 Franken betragen wird. «Wir erachten es als unnötig, mit

**«Man will erneuerbare Energien wohl fördern, aber nicht beziehen.»**

Manuel Ischi, GLP-Stadtrat



Leintuchprotest beim Bahnhof Süd.

UBY

## ■ THOMAS RUFENER: «TYPISCH LANGENTHALERISCH»

Die Erarbeitung des **Verkehrsrichtplanes** ist ein wichtiger Schritt, um vom Bund im Agglomerationsprogramm berücksichtigt zu werden. Etwa, um Geld für anstehende Projekte zu erhalten wie bei der Entwicklung des Bahnhofgebietes Langenthal. Aussergewöhnlich ist, dass der Plan auch dem Stadtrat vorgelegt wurde, obwohl der Plan in der **Kompetenz des**

**Gemeinderates** liegt. Dies im Rahmen einer aussergerichtlichen Einigung im Beschwerdeverfahren Jurastrasse. Die Gegner der vom Gemeinderat verfolgten Strategie der Koexistenz von Fussgänger-, Velo- und Autoverkehr sollten Gelegenheit erhalten, ihre Meinung kundzutun. Mehr sollte es nicht sein, hat der Gemeinderat doch den Verkehrsrichtplan bereits dem

Kanton zur Vorprüfung weitergeleitet. Die Parteien konnten ja bereits im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens ihre Meinung einbringen. Die Gegner nutzten die Gelegenheit und sprachen von **«Brain-Storming-Stadium»** (Béatrice Lüthi, FDP), von «null Visionen» (Kummer, FDP), «Zumutung» (Beat Sterchi, SVP) und vielem mehr. Stadtpräsident Thomas Rufener

(SVP) hatte keinen einzigen visionären Gedanken in der Diskussion vernommen und hielt den Stadträten vor, sich **«typisch langenthalerisch»** zu verhalten. «Alles wird auf die lange Bank geschoben.» Dennoch erhielt er für den Verkehrsrichtplan die geforderte «zustimmende Kenntnisnahme» mit 24 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung. (UBY)

Steuergeldern möglichst rasch ein gutes Beispiel darzustellen.»

Patrick Freudiger sprach für die SVP-Fraktion von einem Sololauf der Stadt. «Die SVP ist für erneuerbare Energien, aber es muss etwas dahinterstehen. Bei Annahme dieser Motion würden wir nur in warme Luft investieren. Und zahlen müssten es nicht die Stadträte, sondern die Steuerzahler, die Mieter von städtischen Liegenschaften und Vereine.»

Der Grünliberale Manuel Ischi mahnte die Gegner: «Da wird überall grossartig verkündet: Auch wir sind für den Atomausstieg. Wenn es aber darum geht, einen wirtschaftlichen Anstoss zu geben, die Nachfrage zu erhöhen und so die Stromproduzen-

ten zu zwingen, ein Angebot zu schaffen, wird mit Blick auf die Finanzen ein Rückzieher gemacht.» Wer hier Nein sage, sei halt trotzdem für Atomenergie. Man wolle erneuerbare Energien wohl fördern, aber nicht beziehen. «Das macht doch keinen Sinn.»

Einzelsprecher Beat Sterchi (SVP) spricht von einer Strafaktion gegen die Bürger. Nebenkosten würden auf Mieter überwälzt. «Viele Mieter, Institutionen und Vereine müssen also mehr zahlen. Das ist eine falsche Politik.» Auch FDP-Stadtrat Christoph Kuert sprach sich gegen die Motion aus: «Zuerst braucht es ein klares Konzept. Man muss wissen, wie viel es kostet, und erst danach kann man den Stecker abdrehen.» Kuert geisselte die Schweizer Spitzenpolitiker für deren 180-Grad-Wendung in der Frage des Atomausstiegs.»

Die Zurückhaltung der Linken in der Diskussion änderte sich in der Abstimmung. Sie schwenkten mit 17 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen obenaus.

### Der Stadtrat hat

- die Rechnung 2010 der Stadt Langenthal sowie den Verwaltungsbericht des Gemeinderates genehmigt;
- der Motion von Bernhard Marti (SP) «Korkrecycling» zugestimmt;
- der Motion von Pierre Masson (SP) «Erhöhung der Sitzungsgelder» mit 27 Ja- zu 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt;
- dem Postulat von Beat Sterchi (SVP) «Überprüfung der organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Informatikzentrums» ohne Gegenstimme zugestimmt. (UBY)

## Stadträte sind zurzeit aktiv

**Vorstösse** Die Stadtratssitzung vom Montag beinhaltete nicht nur zahlreiche Entscheidungen (siehe Artikel links), sondern offenbarte auch einige «Baustellen» in der Stadt. Zehn Vorstösse wurden am Ende der Sitzung eingereicht, so viele wie schon lange nicht mehr. Wie bereits in dieser Zeitung angekündigt, fordern die Stadträte Markus Gfeller, Rudolf Lanz (beide FDP) und Beat Sterchi (SVP) mittels Motion ein Reglement über das betreute Wohnen für Senioren in den neuen Alterswohnungen an der St. Urbanstrasse. Der Stadtrat beschloss im Mai, die sich im Bau befindenden Wohnungen zu mieten. Das Alterszentrum Haslibrunnen vermietet die Wohnungen weiter und bietet dazu den Senioren seine Dienstleistungen an. Die drei Stadträte sind überzeugt, dafür brauche es ein städtisches Reglement. Sie prüften zuerst eine Einsprache gegen den Stadtratsbeschluss, wollen das Reglement nun jedoch mittels Motion durchsetzen.

Brandaktuell ist auch die Interpellation von Beat Sterchi zum geplanten Zentrum für ambulante Suchtbehandlung (ZAS) im Unia-Gebäude (wir berichteten). Sterchi will vom Gemeinderat vor allem wissen, «wie dieser sicherstellt, dass sich keine Szenebildung von Süchtigen wie bei der Drogenabgabestelle in Bern bildet». «Sind spezielle Überwachungsmaßnahmen durch die Polizei vorgesehen?», fragt er. Weiter will er wissen, ob es in Langenthal oder der Umgebung keine weniger exponierten Lokalisationen gebe? Und: «Wieso müssen die Anwohner von der Methadonabgabestelle aus der Zeitung erfahren?»

Die beiden Jungliberalen Stadträte Lukas Felber und Pascal Dietrich verlangen vom Gemeinderat mittels Motion, die Erschliessung des Schoren-Quartiers mit dem öffentlichen Verkehr zu verbessern. Konkret solle der Gemeinderat in der Regionalen Verkehrskonferenz verlangen, die Haltestelle «Schore Pintli» möglichst rasch zu reaktivieren, schreiben Dietrich und Felber. Folgende Vorstösse wurden ebenfalls eingereicht: Motion von Manuel Ischi (GLP), Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion; Interpellation von Daniel Steiner (EVP) betreffend Bildungspolitik in Langenthal; Interpellation von Patrick Freudiger (SVP) betreffend Explosion der Sozialhilfekosten für Ausländer; Interpellation von Urs Zurlinden (FDP) betreffend Landreserven für Industrie. (TG)

## Kulturkonferenz mit kleinem Plus

**Kultur** Die als Verein organisierte Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK) führte kürzlich ihre Plenarversammlung durch. Die Delegierten der beitragspflichtigen Gemeinden stimmten der Vereinsrechnung 2010 zu. Diese schloss bei einem Aufwand von 4400 Franken mit einem Gewinn von 1425 Franken ab. Das Plus ist vor allem auf die tieferen Kosten bei der Erstellung der Kulturverträge zurückzuführen. Obwohl sich die finanzielle Lage des Vereins RKK als ausgeglichen und stabil präsentiert, stimmte die Versammlung «in weiser Voraussicht» einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge 2011 zu. Diese betragen für die Gemeinden neu 20 statt 10 Rappen pro Einwohner. Die Zentrumsstadt Langenthal und der Kanton Bern hatten ihre Erhöhungen bereits bewilligt.

Rudolf Baumberger, Gemeinderat in Roggwil, wurde zum neuen Co-Präsidenten gewählt. Er ersetzt die zurückgetretene Therese Balsiger aus Kleindietwil. Langenthals Gemeinderätin Paula Schaub bleibt Co-Präsidentin. Markus Bracher aus Madiswil schaffte die Wiederwahl und als neues Vorstandsmitglied nimmt Rosmarie Weber, Gemeinderätin in Lotzwil, Einsitz. (MGT/TG)

## Die Genossenschaft Solidarität ist mit ihren Projekten auf Erfolgskurs

**Generalversammlung** 40 Personen besuchen die 6. Generalversammlung der Genossenschaft Solidarität. Diese will gemäss ihrem Zweckartikel mit Aktivitäten und Angeboten auf Unterstützungsbedürfnisse von benachteiligten oder erkrankten Menschen eingehen, sie fördern und begleiten. Im Vordergrund steht die Förderung und Integration von psychisch erkrankten Menschen.

Präsident Kurt Bachmann konnte von einem besonderen Projekt berichten. Die Arbeiten am Integrationshotel «L'Auberge» waren 2010 so weit gediehen, dass dieses im Frühjahr 2011 eröffnet werden konnte. Im Hotel sollen Menschen in die Arbeitswelt zurückgeführt werden. Die «L'Auberge» wird ab Oktober Arbeitsplätze anbieten, wo den zu integrierenden Teilnehmern Fachkompetenz vermittelt werden soll. Ein Job-Coach betreut die

Teilnehmer und begleitet deren Integration in die Privatwirtschaft. Geplant ist, dass die Teilnehmer zwei Monate im «L'Auberge» arbeiten und dann drei Monate an ihrer neuen Stelle in der Privatwirtschaft von der IV entlohnt und durch den Job-Coach weiterbegleitet werden. Geschäftsführerin Therese Hälgl konnte den Genossenschaftlern von einem guten Beginn des Hotelbetriebes berichten. Die Auslastung sei gut. Der Businessplan und damit schwarze Zahlen nach sechs Monaten könne ziemlich sicher eingehalten werden.

Für ein weiteres Projekt konnten ebenfalls im vergangenen Jahr die Voraussetzungen geschaffen werden. Es handelt sich um eine Tagstätte für psychisch Erkrankte. Das entsprechende Gesuch wurde vom kantonalen Alters- und Behindertenamt bewilligt. Der Probetrieb im Merkur-

Gebäude läuft bereits (das az Langenthaler Tagblatt berichtete).

Das Wohnheim «wohn4tel» für psychisch erkrankte Menschen an der Käserstrasse kann für das vergangene Jahr eine Auslastung von 89,6 Prozent ausweisen. Im Angebot sind vierzehn

**«Die Auslastung im L'Auberge ist bereits nach kurzer Zeit gut.»**

Therese Hälgl, Geschäftsführerin

fachlich individuell betreute Plätze. Das Durchschnittsalter der Zimmerbewohner betrug 37 Jahre. Leiter René Suter verlässt das «wohn4tel». Neuer Leiter ab 11. Juli wird Lorenz Keller.

Die weiteren Traktanden an der Versammlung wurden schnell abge-

wickelt. Dazu gehörten neben der Genehmigung des Jahresberichts und der Rechnung eine Statutenänderung und eine Neuwahl. Nach dem Übergang des Vereins Solidarität in eine Genossenschaft war eine Anpassung des Zweckartikels in den Statuten fällig, um alle von der Genossenschaft abgedeckten Bereiche einzuschliessen. Im Vorstand war eine Wahl fällig: Roland Binz, Leimiswil, hatte seinen Rücktritt aus dem Vorstand eingereicht. In seine Fussstapfen tritt Charlotte Ruf, Gemeindepräsidentin von Herzogenbuchsee.

Kurt Bachmann konnte den Eingang von Spenden in der Höhe von mehreren 10 000 Franken melden. Ebenso erfreulich sei der Mitgliederbestand. 34 Einwohnergemeinden, 8 Kirchgemeinden, 14 Firmen und 37 Private zählen zu den Genossenschaftlern. (UBY)